Besetzung der Paulskirche

Her mit der Demokratie!



Foto: Philip Eichler

Inhalt

1 EUR 50

*Paulskirche besetzt! Attac-Aktivist*innen haben sich am Internationalen Tag der Demokratie diesen symbolischen Raum, den Ort, an dem die erste demokratische Verfassung und der erste Grundrechtskatalog in Deutschland ausgearbeitet wurde, genommen. Wir dokumentieren ihre Begründung:*

Wir denken, es ist höchste Zeit, dass wir als Bevölkerung die demokratischen und menschenrechtlichen Standards unserer Gesellschaft verteidigen. Die Vereinten Nationen haben den 15. September zum Internationalen Tag der Demokratie erklärt. Dieser Tag soll der Förderung und Verteidigung der Grundsätze der Demokratie dienen. Und wir sehen in zahlreichen Entwicklungen der vergangenen Jahre eine Entdemokratisierung und eine Aushöhlung von Menschenrechten, die sich aktuell dramatisch zuspitzen.

Wir erleben in Deutschland und Europa derzeit eine Debatte darüber, ob ertrinkende Menschen gerettet werden sollen. Europäische Staaten halten private Seenot-Rettungsschiffe in den Häfen fest. Sie nehmen ganz bewusst den Tod von flüchtenden Menschen in Kauf. Doch diese Menschen fliehen vor den Folgen unserer Lebensweise in Deutschland und Europa. Sie fliehen vor den Folgen hiesiger Treibhausgase, hiesiger Freihandelspolitik und hiesiger Waffenexporte.

Diese Menschen bewusst ertrinken zu lassen, sie in die Folterlager in Libyen oder in die Türkei unter Erdogan zurückzuschicken, das ist eine Politik für den menschenverachtenden nationalistischen Mob. Für den Mob, der in Dresden und anderswo »absaufen« ruft, der in Chemnitz Hitlergrüße gezeigt hat, der vermeintliche Ausländer*innen und Journalist*innen gejagt und ein jüdisches Restaurant angegriffen hat. Und das alles unter den Augen der Polizei und eines Geheimdienstes, dessen Chef die Existenz dieser Angriffe öffentlich in Zweifel zieht, und der sogar Politikberatung für die parlamentarische Vertretung des Mobs betreibt.

Auf der anderen Seite waren demokratische Proteste in den vergangenen Jahren mit öffentlicher Panikmache, Repression und gezielter Eskalation seitens der Behörden konfrontiert. Denken wir an die Blockupy-Proteste in Frankfurt, an das letztlich gescheiterte totale Versammlungsverbot 2012 und den berüchtigten Kessel von 2013. Denken wir an die Camp-Verbote und das brutale Vorgehen der Polizei während des G20-Gipfels in Hamburg.

Dazu erleben wir Versuche, die Befugnisse von sogenannten Sicherheitsbehörden massiv auszuweiten. In Hessen wurde mit dem neuen



Foto: Philip Eichler

Verfassungsschutzgesetz unter anderem der Staatstrojaner eingeführt. Die geplanten Polizeigesetze in zahlreichen Bundesländern bedeuten ebenfalls massive Grundrechtseinschränkungen, bis hin zum unbegrenzten polizeilichen Gewahrsam.
All das passiert in Deutschland ohne das direkte Zutun der Nationalisten, die weltweit Zulauf haben und die unter anderem in Österreich, Polen, Ungarn oder Italien an schon an der Regierung beteiligt sind. Wir sehen in diesen Entwicklungen die autoritäre Zuspitzung einer länger andauernden Krise der Demokratie, die der britische Soziologe Colin Crouch auf den Begriff der Postdemokratie gebracht hat: Einen Zustand, in dem demokratische Verfahren wie Wahlen formal intakt bleiben. Zugleich werden jedoch die Interessen breiter Bevölkerungsteile nicht mehr berücksichtigt. Die reale Politik wird jenseits des öffentlichen Wahl- und Talkshow-Spektakels hinter verschlossenen Türen gemacht und orientiert sich vor allem an den Interessen der großen Konzerne und der Vermögenden.
Vor zehn Jahren ging Lehman-Brothers pleite und wurde zum Symbol der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Seither ist die soziale Ungleichheit noch weiter gestiegen. Über vier Millionen Menschen müssen von viel zu niedrigen Hartz-IV-Sätzen leben. Die Kosten der Krise begleicht die Gesellschaft. 68 Milliarden Euro hat die Bankenrettung alleine in Deutschland gekoste. 68 Milliarden, die fehlen, um allen, die hier Leben und denen, die hier Zuflucht suchen, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.
Es gab kein Umdenken nach der Krise. Es gab einige zaghafte Regulierungen des Finanzsektors, die schon wieder infrage gestellt werden. Aber bis heute gibt es noch nicht einmal die Finanztransaktionssteuer, die Gründungsforderung von Attac. Brutale Kürzungspolitik konnte die deutsche Regierung in Europa, vor allem in Griechenland, durchsetzen, aber keine Finanztransaktionssteuer. Nichtgewählte Technokraten haben phasenweise die Regierungsgeschäfte übernommen, wie in Italien. Oder sie haben in Gestalt der Troika gewählten Regierungen ihre Vorgaben zulasten der Bevölkerung aufgezwungen. In die Aushandlung von EU-Handelsverträgen wie TTIP und CETA waren die Großkonzerne von Beginn an involviert, und ihre Interessen sollen durch Schiedsgerichte jenseits rechtsstaatlicher Verfahren gegen demokratische Entscheidungen abgeschirmt werden. Auch das ist Postdemokratie par Excellence.



Foto: Philip Eichler



Foto: Philip Eichler

Aber trotz all dem gibt es auch den zweiten, den positiven Grund dafür, dass wir uns heute diesen symbolischen Ort der Demokratie genommen haben. Es gibt vielfältigen Widerstand gegen die genannten Entwicklungen und ein breites demokratisches Aufbegehren. Riesige Demos wenden sich gegen die Polizeigesetze in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Unter dem Motto »Wir sind mehr« zeigten Zigtausende in Chemnitz, dass sie dem nationalistischen Mob nicht die Straße überlassen. Unter dem Motto »Seebrücke« demonstrieren bundesweit zigtausende für Seenotrettung, sichere Fluchtwege und eine humanitäre Aufnahme von Flüchtenden. Hunderte Klimaschützer*innen verteidigten in Baumhäusern den Hambacher Wald gegen Abholzung, die den Weg frei machen sollte für das Abbaggern von immer mehr Kohle. Hier setzte der Staat mit 3.500 Polizisten die Profitinteressen des Kohlekonzerns RWE durch – obwohl allen völlig klar ist, dass diese Kohle nicht mehr verfeuert werden darf!
Bei diesen Protesten ging es darum, heute Schlimmeres zu verhindern. Aber sie reihen sich ein in die sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre, die nach emanzipatorischen Auswegen aus den Krisen unserer Zeit suchen.
Es gab die weltweiten Platzbesetzungen von Kairo über New York, Madrid, Athen, Frankfurt, Istanbul und Paris. Es gibt die Bewegung für globale Klimagerechtigkeit und die globalisierungskritische Bewegung, die sich Freihandelsabkommen wie TTIP oder den EPAs widersetzt und die mit mehr als 70.000 Menschen in Hamburg gegen den G20-Gipfel protestiert hat. Es gibt die Bewegung zur Unterstützung von Geflüchteten und eine Bewegung für die Aufwertung von Sorgearbeit und eine Kultur der Fürsorglichkeit im Gegensatz zur permanenten Ökonomisierung unseres Lebens.
All diese Bewegungen zeigen, dass es nicht einfach um die Verteidigung des Status Quo gehen kann. Wir brauchen eine Vertiefung der Demokratie und eine Ausweitung der Menschenrechte, wenn wir humane Antworten auf die Krisen unserer Zeit geben wollen. Wir wollen daher heute in der Paulskirche nicht wie das Kaninchen auf die Schlange drohender Verschlechterungen starren, sondern wir diskutieren hier, wie eine bessere, eine humanere, eine demokratischere Gesellschaft aussehen kann.

www.attac.de/her-mit-der-demokratie

Rechtspopulismus in Deutschland und Europa

Zur Verschiebung des Sagbaren



Foto: attac.de

Auf das Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland und Europa haben mindestens fünf Faktoren unterschiedlich starken Einfluss. Das ist zum einen die sozioökonomische Entwicklung im Zuge der Eurokrise und das Ausmaß, in dem die Volkswirtschaften und damit vor allem die abhängig Beschäftigten von den Krisen-Auswirkungen betroffen sind. Zum Zweiten ist es die Zunahme der sozialen Ungleichheit in den Gesellschaften und deren Wahrnehmung durch die Menschen. Drittens die Bedeutung der veränderten, politischen Stabilität der Länder, viertens deren Betroffenheit von den Fluchtbewegungen nachEuropa, und fünftens der Einfluss historisch-kultureller Aspekte.

In Frankreich beispielsweise kommen vier dieser Faktoren zum Tragen: Das Land ist von der Krise stark betroffen und die Erwerbslosigkeit hoch. Die Parteienstruktur ist erodiert und die Migrationspolitik hat zu einer Stigmatisierung der in Banlieus lebenden Einwanderer geführt. Historisch-kulturell wurde weder die Kollaboration der Vichy-Regimes mit Nazi-Deutschland, noch die Rolle Frankreichs als Kolonialmacht hinreichend aufgearbeitet. Deutschland ist zwar weniger von der Krise betroffen, hier hat hingegen die soziale Ungleichheit stark zugenommen und vor allem deren Wahrnehmung. Auch bei den nicht direkt Betroffenen machen sich Abstiegsängste breit, und die Rechtspopulisten machen im Konflikt um eine humane Flucht- und Migrationspolitik Geflüchtete zu Sündenböcken. Gleichwohl ist das politische System im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ stabil – auch wenn es der extremen Rechten gelungen ist, sich als politische Kraft sowohl in den Parlamenten als auch auf der Straße zu etablieren.

Es gibt bei uns ein gleichbleibendes Potenzial von zehn bis zwanzig Prozent Menschen mit geschlossenem rechtsradikalen Weltbild, welches nach Studien der Anitisemitismusforschung auch in den letzten Jahren kaum gewachsen ist. Gesteigert hat sich hingegen ihre Sicht- und Hörbarkeit. Die Grenze des Sagbaren ist deutlich nach rechts gerückt, wozu auch eine Übernahme rechter Themen, Begriffe und Bezugsrahmen durch viele Medien und fast alle Parteien beigetragen hat. Damit bestimmen rechte Themen in einer zuvor kaum für möglich gehaltenen Weise den öffentlichen Diskurs. Es begann nicht erst 2015, als Hunderttausende Geflüchtete ins Land kamen; schon in den 1990er Jahren zeigten sich erste Anzeichen. Verwiesen sei hier exemplarisch auf die vor 20 Jahren gehaltene Rede des Schriftstellers Martin Walser in der Paulskirche, in der er die deutsche Vergangenheitsbewältigung als zu einseitig und das geplante Holocaust-Denkmal als »Monumentalisierung unserer Schande« kritisierte. Heute spricht Bernd Höcke vom »Denkmal der Schande«.

Gleichzeitig ist dieser Rechtsruck nicht allgemein – weite Teile der Gesellschaft und auch der vielbeschworenen bürgerlichen Mitte wollen eine plurale Gesellschaft. Sie engagieren sich in Flüchtlingsprojekten, begrüßen die Ehe für alle und leben in ihrem Alltag die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Analysen, dass der Aufstieg der Rechten vor allem aus der Wirtschaftskrise resultiere, halten einer näheren Betrachtung nicht stand. Rechte Parteien wie die AfD oder die FPÖ sind keineswegs »Anwalt des kleinen Mannes«, es geht ihnen ironischerweise nicht um die Schaffung von ökonomischer Sicherheit für alle beispielsweise durch Umverteilung. Sie setzen wirtschaftspolitisch ganz im Gegenteil auf streng neoliberale Rezepte. Trotzdem nutzen sie die ökonomische Verunsicherung vieler Menschen als Nährboden für ihre rassistische und nationalistische Agenda, nämlich das Ausgrenzen des »Fremden«, des »Anderen«. Die Ängste der Unterprivilegierten und abstiegsgefährdeten Mittelschichten, ökonomisch und sozial nicht mehr dazuzugehören, führen direkt zur Abwertung und zum Ausschluss anderer.

Parallel dazu erleben wir einen rasanten Wandel der gesellschaftlichen Normalität. Alte Gewissheiten gelten nicht mehr, liberale Werte und Lebensformen haben breiten Einzug gehalten.

Schwierigkeiten, mit diesem Wandel Schritt zu halten, haben vor allem die weniger Beweglichen. Das führt zu Verunsicherungen und Ängsten. Gleichzeitig diskreditieren Rechte die plurale Gesellschaft mit Kampfbegriffen wie »Genderwahn«, »linksversifftes Gutmenschentum« oder »Political Correctness«. Mit Drohungen, Beleidigungen, Lügen, systematischer Provokation und der Androhung und Ausübung von Gewalt wenden sie sich gegen alle, die von der Öffnung der Gesellschaft profitieren: Migrant*innen, Frauen, Nicht-Heterosexuelle, Linke.

Rechte Versprechen zielen darauf ab, den alten Zustand wieder herzustellen, bei dem Jobs, Macht und Einfluss in aller Regel weißen heterosexuellen Männern vorbehalten war. Rechte Weltanschauung geht von einer Ungleichwertigkeit ganzer Menschengruppen aus. Sie strebt eine andere Gesellschaft an, will emanzipatorische Errungenschaften und Grundrechte wie Pressefreiheit am liebsten abschaffen. Symptomatisch dafür sind Kommentare von AfD-Mandatsträger*innen, die davon fabulieren, ihre Gegner*innen »an die Wand zu stellen«, wenn sie erst im Besitz der Macht sind.

Dem setzen wir unsere Forderung nach universellen sozialen Menschenrechten entgegen. Wenn allen Menschen ein gutes Leben garantiert wird, braucht niemand Angst zu haben, leer auszugehen. Wenn alle dazugehören, braucht es keine Grenzziehung entlang von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung zu geben. Und wenn es scheinbar nicht für alle reicht, kann, was fehlt, bei denen geholt werden, die nicht wissen wohin mit ihren Vermögen: Bei dem einen Prozent.

Stephanie Handtmann, Geschäftsführerin, Attac-Bundesbüro
Thomas Eberhardt-Köster, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

Sozialökologische Transformation

Für neue Handlungsperspektiven!



Performance »Finance for the People«, Foto: Arno Behlau

Für viele Menschen ist offensichtlich: In der Welt muss sich einiges grundlegend ändern! Diese Überzeugung verbreitet sich zunehmend, obwohl Politik, Wirtschaft und Werbeindustrie uns die Wirklichkeit schönmalen und eine rosige Zukunft vorgaukeln. Doch warum glauben immer mehr Menschen diesen Versprechen nicht mehr?

Da sind hierzulande die Folgen der soziale Spaltung und der unzureichenden Existenzsicherung, die sich unter anderem in Wohnungsmangel, Pflegenotstand oder der Inanspruchnahme von Tafeln und Suppenküchen ausdrücken. Deren Ursache ist die massive Umverteilung von unten nach oben der letzten Jahre und Jahrzehnte. Im globalen Maßstab sehen wir Kriege, Verelendung und Tod in Ländern des Südens; sie sind gleichzeitig eine Ursache für Flucht und Migration. Als besonders bedrohlich empfinden viele Menschen die ökologische Zerstörung, die in Form von extremen Wetterereignissen bereits heute weltweit spürbar ist und die in Art und Ausmaß in der Zukunft dramatisch zunehmen dürfte.

Diese Probleme stehen in Verbindung mit vielfältigen und lang andauernden Krisen, die Regierungen und Wirtschaftsverbände nach wie vor hauptsächlich durch wirtschaftliches Wachstum überwinden wollen. Befürworten können ein ungebremstes Wachstum jedoch nur diejenigen, die vor den ökologischen und sozialen Folgen die Augen verschließen. Denn es ist offensichtlich, dass Klimakrise, Dezimierung der Artenvielfalt, Bodenerosion und begrenzte natürliche Ressourcen dem stofflichen Wachstum äußere Grenzen setzen. Wirtschaftswachstum war und ist stets mit zunehmendem Verbrauch von Ressourcen und Schadstoffausstoß verbunden. Hoffnungen auf ›grünes‹ Wachstum sind Illusionen, dienen aber dazu, die vorherrschende Produktions- und Lebensweise nicht infrage stellen zu müssen.

Notwendig ist jedoch die drastische Verringerung des Ressourcenverbrauchs durch das »Gesundschrumpfen« der Ökonomie. Dies ist nur dann zu vermitteln, wenn weltweit soziale und ökologische Belange ausreichend berücksichtigt sind. Diesen ökonomischen Abrüstungsprozess mit einer globalen Umverteilungspolitik solidarisch zu organisieren, wird die entscheidende Aufgabe der nächsten Jahre sein, auch für Attac.

Die Attac-Forderungen und Alternativen zielen nicht darauf ab, innerhalb der bestehenden ökonomischen Strukturen und Verteilungsverhältnisse die Wirtschaft zu schrumpfen, wie dies neoliberale Wachstumskritiker befürworten. Es geht vielmehr darum, konkrete soziale Rechte für alle Menschen zu verwirklichen – heute und in Zukunft, hier und überall. Nur durch eine Abkehr vom Wachstumswahn, zuerst und vor allem im Globalen Norden, kann weltweite ökologische und soziale Gerechtigkeit möglich werden. Die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten und deren Einlösung ist auch die Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Für Attac heißt das: Jeder Mensch, egal wo er lebt, hat das Recht auf ein gutes Leben. Darin liegt einer der entscheidenden Unterschiede zur rechtspopulistischen Globalisierungskritik und deren nationaler Borniertheit.

Attac versteht Wachstumskritik und die Suche nach zukunftstauglichen Perspektiven jenseits des Wachstums als globalisierungskritischen Ansatz, der an vielfältige Überlegungen und Aktionen der globalen sozialen Bewegungen anschließt. Attac ist bereits seit Jahren daran beteiligt, das Projekt eines sozialökologischen Umbaus auf den Weg zu bringen. Dazu gehört die Kritik an der Ausbeutung kostenloser Sorgearbeit, die überwiegend von Frauen erbracht wird, die Forderung nach sozialer Grundsicherung, die Beteiligung an den Kämpfen gegen Freihandelsabkommen und zum Klimaschutz, Konzepte zur Solidarischen Ökonomie und zur Stärkung regionaler Versorgung, Handlungsperspektiven für kommunale Demokratie oder der Kampf gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Man darf nicht übersehen, dass es vielen im Globalen Norden unter den Bedingungen der »imperialen Lebensweise« nicht schlecht geht. Viele nutzen im Alltag Produkte, die nur durch naturzerstörende und ausbeuterische Bedingungen anderswo hergestellt wurden – sei es ohne darum zu wissen, unbewusst oder auch mit schlechtem Gewissen. Es ist jedoch nicht primär individuelles Handeln, das notwendige Veränderungen erschwert, es sind vor allem machtvolle Eigentums- und Produktionsstrukturen und deren Zwang, Profite durch Wachstum zu generieren, die es zu überwinden gilt. Dabei geben wir nicht vor, die für eine sozialökologische Transformation erforderlichen Schritte alle auf einmal gehen zu können. Die Kräfteverhältnisse sind so, dass wir Schwerpunkte setzen, häufig auch kleine Schritte gehen, Abwehrkämpfe führen und vielfältige Bündnisse herstellen müssen. Nur weil wir heute nicht alles Erforderliche durchsetzen können, heißt dies aber nicht, dass wir es nicht weiterhin fordern müssen.

Hermann Mahler, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und der AG Jenseits des Wachstums

In den kommenden Rundbriefen werden verschiedene Themen und Ansätze rund um den sozialökologischen Umbau vorgestellt.

Kongress »Ein anderes Europa ist möglich!«

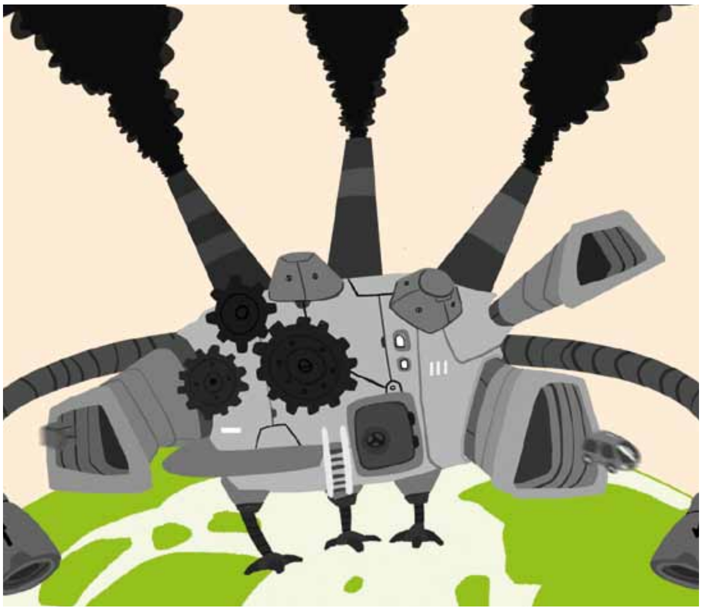
Eine radikale Agenda für Europa!



Foto: Stephanie Handtmann

Mit der Wahl zum Europaparlament im Mai 2019 bietet sich eine gute Gelegenheit für Aktivitäten zu europapolitischen Themen. Dies war einhellige Meinung der bis zu 650 Teilnehmenden des Europakongresses vom 5. bis 7. Oktober in Kassel. Mit Gästen aus zehn europäischen Ländern, darunter Griechenland, Frankreich, Großbritannien, Russland und Tschechien wurde auf drei Podien, in zehn Foren und 60 Workshops über die Zukunft der EU und Europas sowie deren Platz in einer Welt im Umbruch diskutiert. Eingeladen hatte Attac Deutschland und das Fachgebiet Globalisierung und Politik der Universität Kassel sowie zahlreiche Kooperationspartner.
Wie kann ein anderes, besseres Europa aussehen? Was müssen wir zu tun, um es zu erreichen? Welche Rolle soll dabei die EU spielen? Über diese Fragen wurde auf dem Kongress leidenschaftlich diskutiert. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass sich die EU in keinem guten Zustand befindet und grundlegende Veränderungen notwendig sind. Ebenso unumstritten war, dass Gesamteuropa zunehmend von Konflikten geprägt ist und es einer neuen Entspannungspolitik bedarf. In anderen Fragen lagen die Positionen allerdings auseinander. Costa Lapavitsas, Ökonom an der Universität London, forderte bei der Eröffnungsdiskussion das Ende des Euro und begrüßte den Brexit. Nur so gebe es auf nationaler Ebene wenigstens die Chance, eine keynesianische Politik umsetzen zu können. Der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske sprach sich dagegen bei der Abschlussdiskussion für »mehr Europa, aber anders« aus und forderte eine soziale Fortschrittsklausel für die EU. Wer in Europa etwas ändern wolle, müsse in Deutschland anfangen und hier eine andere Politik durchsetzen. Andrea Ypsilanti vom Institut Solidarische Moderne plädierte in einer anderen Diskussionsrunde für eine über die Ländergrenzen hinweg koordinierte Politik radikaler Arbeitszeitverkürzung. Diese dürfe sich nicht auf den Sektor der Lohnarbeit beschränken, sondern müsse auch unbezahlte Arbeit, wie die Sorgearbeit, in den Blick nehmen. Dominika Biegoń, Referatsleiterin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB, machte sich für eine »Strategie der differenzierten Integration« stark. Beispielsweise könne mit Hilfe einer europäischen Arbeitsagentur der EU-Arbeitsmarkt mehr reguliert werden, um Arbeitnehmer*innenrechte zu stärken.
Das Themenspektrum war vielfältig: Diskutiert wurde unter anderem darüber, wie eine Demokratisierung der EU gelingen könne, was nötig wäre, um Sozialstandards zu verbessern und zu verallgemeinern und wie eine europäische Friedensordnung gestaltet werden müsse. In vielen Workshops wurden Ansätze für »Ein gutes Leben für Alle« konkretisiert, sei es zur Verkehrswende, zum europaweiten Kampf gegen §219, zur 30-Stundenwoche oder zu solidarischen Beziehungen zwischen der EU und afrikanischen Ländern.
Die Diskussionen nahmen auch das Verhältnis der EU zu den Ländern des Südens in den Blick. Beispielsweise bei der Handelspolitik oder bei der Verlagerung schmutziger Industrien und der Ausbeutung von Rohstoffen. Die in der EU vorherrschende Art zu produzieren und zu konsumieren gehe zulasten des Globalen Südens und der Natur und müsse sehr grundlegend verändert werden.
Die Rolle von extremer Ungleichheit von Wohlstand und Lebenschancen für die globalen Flucht- und Migrationsbewegungen standen ebenfalls im Fokus. 500 Jahre Ausplünderung und Versklavung, Kolonialismus und europäischer Imperialismus sind dafür ursächlich, noch einmal verstärkt von der gegenwärtigen Welle der neoliberalen Globalisierung und von Kriegen. Die Kongressteilnehmenden waren sich einig, dass die »Festung Europa« keine Lösung für diese Probleme ist, sondern dass sich die EU damit aus der Verantwortung stiehlt. Gefordert wurden eine humane Migrationspolitik sowie sichere Fluchtwege. Damit einhergehen muss eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen, beispielsweise die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, das Ende von ungleichen Verträgen wie den Handelsabkommen mit Afrika (EPAs) sowie die Einstellung von Rüstungsexporten.
Emanzipatorische Politik muss die verschiedenen sozialen Kämpfe gemeinsam in den Blick nehmen. Das machte die Philosophin Nadia Yala Kisukidi aus Paris direkt zu Beginn der Konferenz deutlich: »Ich höre hier immer, dass sich linke Politik auf die Arbeiter*innen beziehen sollte. Nichts dagegen, aber was ist mit Feminismus, mit dem Kampf gegen Klimawandel, mit den Kämpfen von Migrant*innen? Das wäre eine notwendige radikale Agenda!« Diese Fragen tatsächlich gemeinsam zu denken und nicht gegeneinander auszuspielen, ist vielleicht eine der größten Herausforderungen, vor denen die gesellschaftliche Linke steht.
Attac will die Wahl zum EU-Parlament im Mai 2019 nutzen, um mit vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen den Widerstand gegen neoliberale Projekte fortzusetzen und damit Liberalisierung, Privatisierung und Sozialabbau zu stoppen und zurückzudrängen. Die Politik in Brüssel muss ebenso wie die nationalen Regierungen den Druck von unten spüren.. Internationalismus ist die Solidarität der Vielen gegen den Supranationalismus der transnationalen Konzerne, des Finanzkapitals und der Militärs – gegen den Autoritarismus von oben und von ganz rechts.

Thomas Eberhardt-Köster, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis



Motiv aus dem Kurzfilm »Die Wachstumsmaschine«



Performance »Finance for the People«, Foto: Arno Behlau

Rückblick

4. August 2018

Attac unterstützt »Aktion Seebrücke – Schafft sichere Häfen«

Die EU muss die Genfer Flüchtlingskonvention umsetzen und Flüchtenden einen Zugang zu Asylverfahren gewährleisten. Langfristig ist es notwendig, die Gründe für Flucht und Migration zu beseitigen. Attac unterstützt daher die Aktion »Seebrücke – Schafft sichere Häfen!«. An den Kundgebungen beteiligen sich viele Attac-Aktive.

20. August 2018

Die Wachstumsmaschine: Neuer Kurzfilm von Attac und Böll-Stiftung

Der Kurzfilm »Die Wachstumsmaschine« von Attac und der Heinrich-Böll-Stiftung zeigt, warum permanentes Wirtschaftswachstum das Versprechen auf ein besseres Leben für die meisten Menschen nicht erfüllt, sondern die ökologischen Grenzen der Erde sprengt. Der Spot macht anschaulich, dass ein sozial-ökologischer Wandel durch eine ressourcensparende Kreislaufwirtschaft möglich ist.
www.jenseits-des-wachstums.de

31. August und 1. September 2018

Konferenz »Kommunen und Demokratie« in Erfurt

Wie funktioniert direkte Demokratie in Kommunen, was bringen Bürger*innenhaushalte, und wie muss sich die Steuerpolitik ändern, damit Städte und Gemeinden ihren Auftrag erfüllen können? Darüber diskutieren 100 lokalpolitisch engagierte Menschen bei der zweiten Kommunenkonferenz von Attac in Erfurt – und kommen zu einem klaren Fazit: Städte und Gemeinden müssen mehr Demokratie wagen!

7. September 2018

Raus aus der Kohle: Attac verurteilt Räumungen im Hambacher Wald

Ein massives Polizeiaufgebot bereitet im Hambacher Wald die Rodung des Waldes vor, damit RWE weiter den Klimakiller Braunkohle abbauen kann. Attac fordert den sofortigen Stopp der Räumung, ein Aussetzen der Rodung im Hambacher Wald sowie den Ausstieg aus Braunkohleabbau und Kohleverstromung. Der Wahnsinn muss gestoppt werden. Aktive aus Attac unterstützen auch die Aktionen zivilen Ungehorsams von »Ende Gelände« sowie die »Aktion Unterholz«.

15. September 2018

Zehn Jahre Krise: Performance »Finance for the People« vor der Börse

Grau gekleidete Gestalten ziehen unter großer Kraftanstrengung einen Karren mit Bulle und Bär durch das Frankfurter Bankenviertel. Vor der Börse befreien sich die Gestalten und holen sich von Bulle und Bär zurück, was allen gehört: bezahlbarer Wohnraum, freie Bildung, Gesundheit für alle. Mit dieser Performance am zehnten Jahrestag des Lehman-Crashs fordert Attac die Demokratisierung der Finanzmärkte. Der Protest ist eingebettet in einen internationalen Aktionstag »Change Finance« mit 90 Aktionen auf drei Kontinenten.

15. September 2018

Her mit der Demokratie! Attac besetzt Frankfurter Paulskirche

Attac-Aktivist*innen besetzen die Paulskirche in Frankfurt und fordern »Her mit der Demokratie! Solidarisch, menschenwürdig, sozial, offen, frei«. Denn der 15. September ist nicht nur der zehnte Jahrestag der Lehman-Pleite, sondern auch der Internationale Tag der Demokratie. Ihr Ziel: eine öffentliche Debatte über die Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft anzustoßen. Die Bürger*innen sind eingeladen, sich bei einer Podiumsdiskussion und World Café mit der Frage auseinanderzusetzen, in welcher Gesellschaft sie leben möchten. Nach längeren Gesprächen erklärt sich der Oberbürgermeister zwar bereit, die Besetzung bis zum geplanten Programmende am Sonntagmorgen zu dulden, Interessierte werden aber nicht ins Innere des Gebäudes gelassen. Die Botschaft kommt dank Videoübertragung und breiter Medienberichtertstattung dennoch an.
www.attac.de/her-mit-der-demokratie

26. September 2018

Attac und Medico starten Kampagne für Menschenrechte im Welthandel

»Menschenrechte vor Profit – weltweit!« Unter diesem Motto starten Attac und Medico International eine gemeinsame Kampagne zur Durchsetzung der Menschenrechte im Welthandel. In einem Appell, der online unterzeichnet werden kann, fordern sie die Bundesregierung dazu auf, sich für einen starken UN-Vertrag einzusetzen, der Unternehmen weltweit zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Menschenrechtsverletzungen von Konzernen sollen im In- und im Ausland unter Strafe gestellt werden.
www.attac.de/menschenrechte-vor-profit

29. und 30. September 2018

Europaweiter CETA-Aktionstag

Kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen macht das Netzwerk Gerechter Welthandel mit einem Aktionstag gegen CETA weiter Druck gegen die Ratifizierung des EU-Kanada-Handelsabkommens. Unter dem Motto »CETA stoppen – Für einen global gerechten Welthandel« bringen Bürger*innen



Besetzung der Frankfurter Paulskirche, Foto: Stephanie Handtmann



Europaweiter CETA-Aktionstag, Foto: www.ceta-aktionstag.de

bei über 35 Aktionen in mehr als 30 Städten ihren Protest zum Ausdruck. In Berlin führt eine Lärmdemonstration an den Landesvertretungen von Hessen, Hamburg und Baden-Württemberg vorbei, um die dort mitregierenden Grünen an ihre Verantwortung zu erinnern.

29. September 2018
Solidarität mit Geflüchteten: We'll come united in Hamburg
Gemeinsam mit Geflüchteten aus dem gesamten Bundesgebiet gehen Attac-Aktive in Hamburg gegen Rassismus und eine Abschiebepolitik auf die Straße, die die Not der Menschen sowie die bedrohliche Lage in Herkunftsländern völlig ignoriert.

3. Oktober 2018
Jetzt gilt's: Proteste gegen die Politik der Angst
In München gehen Tausende für eine offene und solidarische Gesellschaft auf die Straße und stellen sich gemeinsam dem Rechtsruck entgegen – gegen eine Politik der Angst. Attac hat zu der Demonstration gemeinsam mit »Ausgehetzt!« und dem Bündnis gegen das Bayerische Polizeiaufgabengesetz aufgerufen.

5. bis 7. Oktober 2018
Kongress »Ein anderes Europa ist möglich!« in Kassel
Das neoliberale Europa, das wir kennen, ist nicht das Europa, das wir wollen. Doch wie sähe ein soziales, demokratisches, ökologisches, emanzipatorisches und offenes Europa aus? Und wie kommen wir dahin? Dieser Frage geht Attac beim Kongress »Ein anderes Europa ist möglich!« an der Universität Kassel nach.
www.ein-anderes-europa.de

13. Oktober 2018
Unteilbar: Demonstration für Solidarität statt Ausgrenzung in Berlin
Zum Höhepunkt des entschlossenen Herbsts der Solidarität gehen in Berlin Zehntausende Menschen unter dem Motto »Unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung – Für eine offene und freie Gesellschaft« auf die Straßen. Aufgerufen zu der Großdemonstration haben hunderte zivilgesellschaftliche Organisationen. Attac ist mit einem eigenen Demo-Block und Lautsprecherwagen dabei. *(Termin nach Redaktionsschluss)*

13. bis 20. Oktober 2018
Genf: Aktionswoche Menschenrechte und transnationale Konzerne
In Genf verhandelt die UN-Arbeitsgruppe über einen verbindlichen Vertrag (Binding Treaty), der Konzerne weltweit auf die Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Doch die EU und – allen voran – die deutsche Regierung torpedieren das Vorhaben. Unterstützung bekommt die UN-Arbeitsgruppe aus der Zivilgesellschaft. Eine Aktionswoche vor Ort, an der sich auch Attac beteiligt, macht öffentlich Druck für ein Abkommen, das den Rechten der Menschen Vorrang vor Profitinteressen einräumt. *(Termin nach Redaktionsschluss)*

Ausblick

2. bis 4. November 2018
Herbstratschlag in Frankfurt
Attac trifft sich zum Herbstratschlag in Frankfurt am Main. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium des Netzwerks. Die Aktiven legen im Konsens die inhaltlichen und strategischen Schwerpunkte der kommenden Monate fest, verabschieden den Haushalt und wählen die bundesweiten Gremien.
www.attac.de/ratschlag

10. Dezember 2018
Dezentraler Aktionstag am Tag der Menschenrechte
Den 10. Dezember haben die Vereinten Nationen zum Tag der Menschenrechte erklärt. Dieses Jahr gibt es sogar ein Jubiläum zu feiern: Vor 70 Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Zu diesem Anlass werden in zahlreichen Städten Attac-Gruppen und weitere Aktive auf die Straße gehen, um über Menschenrechte aufzuklären und für unsere Kampagne Unterschriften zu sammeln.

19. Januar 2019
»Wir haben es satt«
Am Samstag, den 19. Januar 2019, startet in Berlin die weltgrößte Agrarmesse »Grüne Woche«. Auch dieses Mal wollen wir ihr die Show stellen und draußen unter dem Motto »Wir haben es satt!« Druck für die globale Agrar- und Ernährungswende und für gerechten Handel machen. Zu der Großdemonstration ruft ein breites Bündnis von Aktivisten, Landwirten, Imkern und Verbrauchern auf.

21. bis 24. Februar 2019
Konferenz Bildung Macht Zukunft in Kassel
Lernen für die sozial-ökologische Transformation: Was kann und sollte kritische politische Bildung für ein gutes Zusammenleben leisten? Diese Frage steht im Mittelpunkt der von Attac unterstützten Konferenz Bildung Macht Zukunft an der Universität Kassel. Organisiert wird die Tagung von einem gemischten Kreis aus Lehrer*innen, außerschulischen Pädagog*innen, Forscher*nnen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Aktionen: Für jedeN was dabei

»Wie könnte es sein, wenn alles ganz anders wäre?«

Hendrik Küster, 25, studiert Psychologie und engagiert sich bei den »Attaquitos«, der Studierendengruppe von Attac Bamberg. Wir haben mit ihm über seine Motivation, bei Attac mitzuarbeiten, und seine Erfahrungen mit Aktionen gesprochen.



Foto: Bernd Zwönitzer

Wie bist Du zu Attac gekommen?
Am Anfang meines Studiums war ich auf der Suche nach einer Gruppe, um politisch aktiv zu werden. Mich interessieren Themen wie neoliberale Globalisierung und globale Ausbeutung. Über mein Studienfach Psychologie habe ich einiges darüber erfahren, wie die immer marktförmiger werdende kapitalistische Gesellschaft Krankheiten schafft – da hat es sich angeboten, die Bamberger Attac-Gruppe mal anzuschauen. Auch weil im Studium die gesellschaftliche Seite kaum eine Rolle spielt, ist Attac für mich eine spannende Ergänzung.
Sehr ansprechend fand ich die Offenheit für selbstbestimmte Themen und Aktionen und dass es darum geht, gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und zu vermitteln. Nur »von oben organisierte« Kampagnen auszuführen, hätte ich genauso schade gefunden wie bei theoretischen Diskussionen stehen zu bleiben ohne auf die Straße zu gehen. Eine tolle Aktion zu Beginn war die KulTour gegen TTIP. In Bamberg haben wir dazu einen schönen Abend mit einem Poetry Slammer und Bands organisiert.

Eure Bamberger Gruppe hat schon mit vielen erfolgreichen Aktionen von sich reden gemacht. Wie schafft ihr das?
Ich denke, es ist wichtig, spontan zu sein und gute Ideen nicht gleich totzureden. Im Mai haben wir zum Beispiel mitten in Bamberg hat auf der Regnitz eine Steueroase mit Palme und Geldsäcken eröffnet. Da war für jeden Aktionstyp und jedes Alter etwas dabei: Pressearbeit und Anmeldung, das Floß bauen, Infostand mit Kundgebung und natürlich die Steuervermeider*innen auf dem Floß. Am Ende hat sogar die Polizei »mitgespielt« und die Steueroase konsequenterweise geschlossen. Neben der Spontaneität ist aber auch Planung und Überblick wichtig, damit bei solchen Aktionen alles klappt und zügig über die Bühne geht.
In der Hochschulgruppe arbeiten wir viel mit anderen Gruppen zusammen, das erweitert das Ideenspektrum, wir lernen andere Perspektiven und Arbeitsweisen kennen und haben gemeinsam mehr Ressourcen. Bei Projekttagen zu Fluchtursachen in Nigeria haben wir das erste Mal ein Straßentheater aufgeführt, für die Menschenrechtswoche einen Workshop ausgearbeitet, im Frauen*kampftagsbündnis kurzfristig eine Demo organisiert und im Bündnis für günstigen Wohnraum ein Protestcamp aufgebaut. So wächst unser Aktionsrepertoire und wir vernetzen uns mit anderen.
Wichtig für erfolgreiche Aktionen find ich, dass sich alle wohlfühlen, ihre Ideen einbringen und mitentscheiden können. Deswegen bemühen wir uns, Planungen und Diskussionen möglichst gleichberechtigt, transparent und herrschaftsfrei hinzubekommen, was aber gar nicht so einfach ist. Da haben wir einiges dazugelernt und ich denke, dass das für eine funktionierende Gruppe ganz zentral ist.

Die Besetzung der Paulskirche hat ein enormes mediales Echo gefunden. Welchen Stellenwert solcher Aktionen siehst Du für Attac?
Solche Aktionen können Visionen und Forderungen erfahrbar machen, das ist toll! Unsere Ideale werden dadurch lebendiger, als das durch Presseerklärungen oder Positionspapiere jemals möglich wäre. Wir machen unsere Kritik in der Öffentlichkeit auch für Leute verständlich, die sich sonst wenig mit Politik beschäftigen. Wir fordern bestehende Gewohnheiten und Regeln heraus und zeigen, dass Lebensweisen, Gesetze und Machtverhältnisse auch ganz anders aussehen können. Sehr viele Medien haben die Meldung der Paulskirchenbesetzung verbreitet und den historischen Bezug zur ersten demokratischen Versammlung deutlich gemacht. Vielleicht motivieren solche Aktionen mehr Menschen, selbst aktiv zu werden.
Auch für mich persönlich war diese Aktion wichtig: es wird fühlbar, wie es sein könnte, wenn alles ganz anders wäre. Die Aktionen zeigen, dass es Möglichkeiten gibt zur Veränderung. Wenn Demokratie immer mehr in Frage gestellt wird, ob durch »die Märkte«, Polizeibefugnisse oder Rechtsradikale, geht es genau darum, aktiv zu werden und sich nicht in eine passive Haltung drängen zu lassen.
Es war total aufregend, ob unser Plan aufgehen wird: Wissen die Polizei oder das Sicherheitspersonal Bescheid? Fallen wir mit den Unmengen an Gepäck auf? – Doch dann lief alles besser als erwartet. Der Raum selbst ist ein Plenarsaal mit unglaublich hoher, lichter Kuppel – ein sehr beeindruckender Ort. Sehr passend für grundsätzliche Diskussionen über die Demokratie.

Was möchtest Du Attac für die nächsten Monate mit auf den Weg geben?
Viel Energie und Ausdauer für die Proteste für Klimagerechtigkeit und für eine solidarische Gesellschaft! Ich finde toll, wie sehr sich Attac in den verschiedenen Politikfeldern einmischt, bei den Auseinandersetzungen um den Hambacher Wald und bei Ende Gelände dabei ist und mit dem Europakongress und dem »Finanzkrisenjubiläum« eigene Schwerpunkte setzt. Alles auch Fragen der Demokratie … Unglaublich, wie viel gerade passiert! Und ich will noch dazu ermutigen, jung geprägte Gruppen zu gründen, ruhig auch erst zu zweit oder dritt – bei uns in Bamberg ist dadurch viel in Bewegung geraten!

Interview: **Lena Bröckl**

Neue Kampagne: Binding Treaty

Menschenrechte vor Profit – weltweit!



Foto: Stephanie Handtmann

Attac-Globalisierungskritik wendet sich gegen Handelsbeziehungen im einseitigen Interesse des Nordens bzw. der Kapitalseite, gegen die Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte und gegen den damit verbundenen ökologischen Raubbau. Im Kampf gegen TTIP, CETA & Co. kommt zudem die Bedrohung der Demokratie und der generellen Fähigkeit der Politik hinzu, den Markt im Interesse des Allgemeinwohls zu regulieren.
Doch es gibt noch einen weiteren Aspekt, der nicht zuletzt die Perspektive der Menschen des Südens widerspiegelt: Extreme Ausbeutung, mangelnder Arbeitsschutz, Vertreibung, ökologische Verwüstung, Repression und nicht selten sogar Krieg, Sklaverei und die Ermordung von Aktivist*innen und Gewerkschaftern, kurz: massive Menschenrechtsverletzungen, sind längst zu einem bestimmenden Merkmal der globalisierten Wirtschaft geworden. Zudem haben Betroffene meist keine wirksame rechtliche Handhabe, während internationale Investor*innen in kürzester Zeit hohe Schadenersatzsummen erstreiten können. Und das unglaublicherweise selbst dann, wenn ihre Gewinninteressen durch staatliche Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte angeblich beeinträchtigt worden seien.
Im Juni 2014 haben deshalb Ecuador und Südafrika im UN-Menschenrechtsrat beantragt, eine »zwischenstaatliche Arbeitsgruppe« zur Ausarbeitung eines verbindlichen völkerrechtlichen Vertrages (»Binding Treaty« oder »UN-Treaty«) einzusetzen, der wirksam Abhilfe schaffen soll. Der Antrag wurde gegen die Stimmen Deutschlands und der anderen westlichen Ländern angenommen. Doch nach wie vor ist der Erfolg ungewiss. Deutschland blockiert weiter und ist sogar hauptverantwortlich dafür, dass die EU-Staaten nicht endlich zu einer konstruktiven Teilnahme an den Verhandlungen finden.
Kurz gesagt, geht es beim »Binding Treaty« um dreierlei: um verbindliche, gesetzliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten; um einen effektiven Rechtsschutz für Betroffene; und schließlich um einen generellen Vorrang der Menschenrechtspakte vor den Freihandels- und Investitionsschutzverträgen. Denn man höre und staune: Einen solchen Vorrang gibt es völkerrechtlich bislang tatsächlich nicht, und es ist durchaus fraglich, ob er beim gegenwärtigen Stand in Bezug auf die bereits bestehenden Verträge überhaupt juristisch formulierbar wäre.
Trotzdem: »Menschenrechte müssen unbedingten Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen erhalten.«. Das muss das oberste Prinzip sein und deshalb führt dieser Satz die Forderungsliste der neuen Attac-Kampagne »Menschenrechte vor Profit – weltweit!« an. Spätestens infolge der Globalisierung begegnen sich global längst nicht mehr nur die Völker bzw. deren Staaten – so die traditionelle Vorstellung des Völkerrechts. Die globalisierte Welt ist als ein politisches Gemeinwesen zu betrachten und ein Gemeinwesen, das irgendetwas über die Menschenrechte stellt, ob die Nation, die Religion, die Ethnie, eine Klasse, die Rasse oder den Markt, ist barbarisch. Das ist die Lehre der Katastrophen des 20. Jahrhunderts, und darauf sind auch die Vereinten Nationen und die bundesdeutsche Demokratie errichtet. Doch nach 40 Jahren Neoliberalismus ist sie erneut nötig.
Die Verhandlungen zu einem »Binding Treaty« sind eine Gelegenheit, auf diesem Weg ein Stück voranzukommen. Die neue, von der TTIP-Kampagnengruppe von Attac vorbereitete »Menschenrechte-vor-Profit«-Kampagne soll deshalb dazu beitragen, dass sie nicht sabotiert wird. In Kooperation mit Medico International hat sie Materialien erstellt und die erwähnte Forderungsliste verfasst, die online unterschrieben werden kann, für die aber auch auf der Straße und bei Veranstaltungen Unterschriften gesammelt werden können. Eine erste Übergabe soll bereits am 10. Dezember, dem 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stattfinden.
Für die inhaltliche Arbeit steht nach wie vor das Positionspapier der Treaty Allianz Deutschland zur Verfügung, in der Attac seit über einem Jahr mitarbeitet; ebenso zahlreiche weitere Broschüren unserer Partnerorganisationen in der Allianz.

Im Frühjahr wird dann eine neue, europaweite Kampagne den Stab übernehmen, und auch ein deutsches Gesetz mit verbindlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen wird, nachdem es 2016 am Widerstand der Wirtschaft bzw. des Bundesfinanzministeriums gescheitert ist, absehbar wieder auf die Tagesordnung kommen.

Thomas Köller, Attac AG Welthandel und WTO
Ko-Autor des gerade erschienenen Buches:
CETA & Co. und die Zukunft der Demokratie

www.attac.de/menschenrechte-vor-profit

Strategien für Klimagerechtigkeit weltweit

Im Hambacher Wald werden Entscheidungen gefällt

Tausende sind auf den Beinen im Hambacher Wald – inklusive des größten Polizeiaufgebotes, das Nordrhein-Westfalen je gesehen hat. Was ist da los?



Foto: Stephan Kettner

Schritt 1:
12. Dezember 2015 – Das Abkommen
Im Rahmen der COP21 einigen sich in Paris Vertreter*innen aus 195 Ländern inklusive Deutschland auf ein Klimaabkommen, das die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad, im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzen soll. Für viele Menschen ist Klimawandel schon jetzt eine alltäglich spürbare Tatsache. Die Regionen der Erde, die wohl am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, müssen die extremsten Folgen tragen: Überschwemmungen, Dürren, Artensterben, Nahrungsmittelknappheit, Vertreibung, Flucht und viele mehr. Um das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen, müssen wir die Treibhausgasemissionen weltweit bis 2035 auf Null zurückfahren. Die Verbrennung fossiler Energieträger muss dafür komplett eingestellt und die Energieversorgung (Strom, Wärme, Verkehr) muss vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Diese Maßnahmen können nur mit einer sehr effektiven und sofort greifenden Klimaschutzpolitik durchgesetzt werden.

Schritt 2:
6. Juni 2018 – Die Verhandlungen
Die Kohlekommission (offiziell »Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«) wurde von der deutschen Bundesregierung eingesetzt und soll bis Ende 2018 einen Masterplan zur Abschaltung der Kohlemeiler und zur Förderung des Strukturwandels in den Braunkohlerevieren vorlegen, welcher sich am Pariser Klimaabkommen orientiert. Die Kommission setzt sich aus 31 Mitgliedern aus Industrie, Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Umweltverbänden zusammen. Es ist jedoch äußerst zweifelhaft, ob diese Kommission der Bundesregierung die drastischen Maßnahmen nahelegen wird, die reale Fortschritte in der Klimapolitik bringen würden. Nach einer Studie des New Climate Institute müssten die letzten Kohlemeiler in Deutschland bis 2025 vom Netz gehen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Schritt 3:
28. September 2018 – Die Räumung
Seit Anfang September haben Polizei sowie Industrie- und Werkschutz des Energiekonzerns RWE teils gewaltsam die Besetzung im Hambacher Wald geräumt. Diese bestand aus etwa 60 Baumhäusern, die Aktive seit 2012 errichtet hatten. Der Hambacher Wald grenzt direkt an den Braunkohletagebau Hambach und soll zugunsten einer Erweiterung des Abbaugebietes gerodet werden. Die Räumungen wurden von NRW-Innenminister Reul angeordnet und sollen die ab Mitte Oktober[1] geplante Rodung des Waldes vorbereiten. Es ist offensichtlich, dass die Profitinteressen von Energiekonzernen (in diesem Fall RWE, dessen Braunkohle-Abbaupläne bis 2045 reichen) in enger Verstrickung mit politischen Entscheidungsträger*innen die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen auf unbestimmte Zeit verzögern wollen und damit den Klimaschutzprozess insgesamt ins Stocken bringen.

Schritt 4:
Was können wir jetzt tun?
Für einen sofortigen Kohleausstieg schließt Attac sich dem breiten Protest gegen die Rodung des Hambacher Waldes an und übt gemeinsam mit vielen anderen politischen Druck aus. Kohleausstieg ist Handarbeit und das braucht uns alle: ausdauernde Baumbesetzer*innen, mutige Waldspaziergänger*innen, fleißige Petitionsunterzeichner*innen und Spender*innen, kreative Soli-Aktivist*innen und viele mehr. Aktionen des zivilen Ungehorsams finden vom 25. bis 29. Oktober im Rahmen von »Ende Gelände« statt. Die »Aktion Unterholz« ist dauerhaft rund um den Hambacher Forst aktiv und freut sich immer über Mitmacher*innen.
Für einen Ausbau erneuerbarer Energien und einen sorgsamen Umgang mit vorhandenen Ressourcen (Einsparungen, Effizienzsteigerungen, Kraft-Wärme-Kopplung etc.) wechseln wir zu Ökostrom-Anbieter*innen, haben das eigene Konsumverhalten im Blick und unterstützen vorhandene Initiativen und Organisationen in ihren dahingehenden, politischen Forderungen.
Für das gute Leben für Alle probieren und ermöglichen wir alle Formen der solidarischen Organisation und des Zusammenlebens im alltäglichen Leben und wo wir können: lokal und weltweit. Das reicht von gemeinsamer Ökonomie und gemeinnütziger Energieversorgung über selbstbestimmtes Wohnen und Arbeiten (Solidar-Kollektive, Kommunen etc.) bis hin zu Forderungen nach gerechtem Welthandel und einer globalen Gemeinschaft jenseits von Nationalstaaten und Diskriminierung jeglicher Art. Gemeinsam können wir den sozial-ökologischen Wandel gestalten und Klimagerechtigkeit einfordern – auf geht's, ab geht's.

Maria Wahle, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und der AG Energie, Klima, Umwelt

www.attac.de/eku
www.ende-gelaende.org
www.aktion-unterholz.org

[1] Nach der aktuellen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster wird sich die Rodung jetzt mindestens um ein weiteres Jahr verzögern. RWE rechnet mit einem rechtskräftigen Urteil »möglicherweise erst Ende 2020«.

Weiterbildung für Aktive

Die Attacademie: Theorien, Konzepte und ökonomische Alternativen



Die Attacademie ist ein Fortbildungsangebot für überzeugte Aktivist*innen und Menschen, die es werden wollen. Auf einer intensiven studien- und berufsbegleitenden Lernreise werden langfristig ökologisch tragbare, solidarische und demokratische Wirtschaftsweisen kennengelernt und Projekte zu ihrer Verbreitung entwickelt.
Die Teilnehmenden erarbeiten sich im Laufe eines Jahres einen fundierten Überblick über verschiedene maßgebliche Wirtschaftstheorien sowie über die theoretische und historische Analyse des Kapitalismus und die Kritik daran. Methodisches Handwerkszeug wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenplanung, Aktionsplanung, Moderation, Fundraising sowie die Anleitung konstruktiver Gruppenprozesse vervollständigen das Seminarprogramm. Die Kombination von inhaltlichem, theoretischem und methodischem Lernen und konkreter Praxis in einer festen Gruppe schafft einen besonderen Lern- und Reflexionsraum. In der Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Schwerpunktthema eignen sich die Teilnehmenden nicht nur Basiswissen an, sondern sammeln auch konkrete politische Erfahrung.

Eingeladen sind Aktive jeden Alters, die sich für einen solidarischen, ökologischen Wandel einsetzen und Lust auf praxisnahes Lernen und auf Vernetzung haben.

Der Kurs ist ein Kooperationsprojekt von Attac Deutschland und der Bewegungsakademie e.V. – Lernen in sozialen Bewegungen.

Im Überblick:
- Zeitraum: Februar bis Oktober 2019
- sechs Seminare (3x Mittwoch bis Sonntag, 4x Donnerstag bis Sonntag ca. im 6-Wochentakt)
- Orte: bundesweit in bewegungsnahen, ökologisch ausgerichteten Seminarhäusern
- erfahrene Referent*innen aus verschiedenen Kontexten
- Teilnahmebeitrag: 550 EUR inkl. Unterkunft, Verpflegung, Seminarmaterialien

Informationen zum Kurskonzept, Inhalten und zur Bewerbung (bis 30. November 2018) unter www.attacademie.de

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.
Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069 – 900 281 – 10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de
Mehr Informationen zum Datenschutz bei Attac unter www.attac.de/datenschutz

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069 – 900 281 – 10
Fax: 069 – 900 281 – 99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Achim Heier, Hermann Mahler,
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Menschenrechte vor Profit

Der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza (Bangladesch), Morde rund um die Kohleminen in Kolumbien, Brandrodung von indonesischem Regenwald und Vertreibung der indigenen Bevölkerung ... Ein Großteil unserer Alltagsprodukte wird hergestellt unter unmenschlichen und gefährlichen Arbeitsbedingungen, begleitet von schweren Umweltzerstörungen, Vertreibungen, offener Gewalt bis hin zu Folter und Mord. Doch während Profitinteressen großer Konzerne in internationalen Handels- und Investitionsverträgen festgeschrieben werden, haben die Opfer dieser Geschäftspraktiken kaum eine Handhabe, ihre Rechte einzufordern.
Bei den Vereinten Nationen wird deshalb ein Vertrag ausgehandelt (»Binding Treaty«), der das ändern soll – doch ausgerechnet Deutschland und die EU mauern. Das müssen wir ändern!

Über 700 zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit setzen sich für dieses Abkommen ein. Wir von Attac haben dazu gemeinsam mit unserer Mitgliedsorganisation medico international jetzt eine Kampagne gestartet. Damit schaffen wir öffentlichen Druck: Die Regierung muss sich für einen wirkungsvollen Schutz von Menschenrechten im Welthandel einsetzen. **Du kannst uns dabei unterstützen!** Mach mit bei unseren Aktionen zum Thema, unterzeichne unseren Appell online unter www.attac.de/menschenrechte-vor-profit, und **hilf uns bei unserem Engagement, Menschenrechte gegen Konzerne durchzusetzen, mit einer Spende!** Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. Herzlichen Dank!







Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; 2014 entzog das Finanzamt Frankfurt Attac die Gemeinnützigkeit. 2016 bestätigte das Hessische Finanzgericht die Gemeinnützigkeit von Attac. Gegen dieses Urteil hat das Finanzamt auf Weisung des Bundesfinanzministeriums Beschwerde eingelegt. Nun kommt es zu einem Revisionsverfahren vor dem Bundesfinanzhof, an dem neben dem Finanzamt auch das Finanzministerium Prozessgegner ist. Erst wenn Attac dieses Revisionsverfahren gewinnt, können wieder Zuwendungsbestätigungen ausgestellt werden.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort
RBF1804

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)